

*Schürmann-Bau*

## Risse an tragenden Teilen

Mit einem „gerichtlichen Beweisverfahren“ will Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer (FDP) klären, ob bei den Arbeiten am Schürmann-Bau in Bonn gepfuscht wurde. Trotz modernster Technik war der Rohbau einen Tag vor Weihnachten von den Rheinfluten überspült worden.

Die vier Tiefgeschosse stehen unter Wasser, das Gebäude hat sich um bis zu 70 Zentimeter gehoben, ist verkantet und reißt an verschiedenen Stellen. Auch die oberen Etagen weisen Risse an tragenden Teilen auf. Jetzt drohen kostspielige Reparaturen, wenn nicht gar Totalabriß des noch zu Bonner Hauptstadtzeiten als neues Abgeordneten-Haus geplanten Gebäudes. Bauleiter Ulrich Tepper: „Wir kennen das Ausmaß der Schäden noch nicht.“

Am Abend des 22. Dezember hatte die extra abgestellte Hochwasserwache, so der vorläufige interne Bericht der Bundesbaudirektion, an der „Achse 42 K“ – einer provisorischen Lkw-Straße – Geräusche gehört, als sich eine Dehnungsfuge veränderte. Stunden danach wurde das Gebäude von Arbeitern absichtlich geflutet, um dem Grundwasserdruck entgegenzuwirken und noch größere Schäden zu verhindern. Zu spät: Der Grundwasserspiegel war bereits so stark gestiegen, daß das Fundament des Baus ungleichmäßig angehoben worden war.



Hochwasserschäden am Schürmann-Bau

Bauministerin Irmgard Schwaetzer will die Verantwortung für das Debakel nicht übernehmen. Das Wasser habe „der liebe Gott“ geschickt, die Planung des teuren Hauses ihr Vor-Vorgänger, Oscar Schneider (CSU), zu verantworten. Wenn kein Pfusch der Baufirmen nachzuweisen ist, werden die Steuerzahler gleichwohl die Kosten für Reparatur oder Abriß des 700-Millionen-Objektes zahlen müssen.

*Bundeswehr*

## Sparen muß sich lohnen

Die Bundeswehr könnte allein durch Rationalisierungen schätzungsweise 3,8 Milliarden Mark im Jahr einsparen. Dies geht aus dem vertraulichen Zwischenbericht einer internen Arbeitsgruppe des Verteidigungsministeriums hervor. Die Einsparungen, die zehn Prozent der gegenwärtigen Betriebsausgaben der Streitkräfte entsprechen, seien allerdings erst „langfristig“ möglich. Vorher müsse ein neues System zur Kosten- und Leistungsüberwachung aufgebaut werden. Dazu sind nach Meinung der Arbeitsgruppe zunächst Investitionen von rund 100 Millionen Mark etwa in neue Computer erforderlich. Unter dem Motto „Sparen muß sich lohnen“ sollten alle Soldaten ermuntert werden, an der „permanenten Identifizierung von Rationalisierungspotentialen“ mitzuwirken. Logistik-Aufgaben sollten, „soweit sinnvoll und möglich“, auf Privat-Unternehmen übertragen werden. Die Arbeitsgruppe aus Militärs und Vertretern ziviler

Beratungsfirmen schlägt darüber hinaus vor, Rüstungsprojekte strenger zu überwachen. Strafferes Management könne die Beschaffungskosten um etwa 400 Millionen Mark pro Jahr verringern. 1993 gab das Wehressort fast sieben Milliarden Mark für Waffen und Munition aus.

*Barschel-Tod*

## Erzählungen eines V-Manns

Wie kam Uwe Barschel wirklich zu Tode? Gab es Verbindungen zur Internationale

des Waffenhandels? Vergangene Woche lösten „Hinweise“ der Bundesregierung neue Spekulationen aus, Barschel habe sich nicht selbst getötet, sondern sei ermordet worden. Die Bonner Informationen beruhen auf anderthalb Jahre alten Informationen von zweifelhafter Qualität: Grundlage sind Erzählungen eines V-Mannes des Bundesnachrichtendienstes (BND). Anfang August 1992 hatte der Leitende Oberstaatsanwalt in Lübeck, Joachim Böttcher, nach einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der BND-Verbindungsstelle

Hamburg das Bundeskanzleramt über die Informationen („VS-Vertraulich“) in Kenntnis gesetzt. Danach will der V-Mann „von einem Leibwächter des Sohnes von Ayatollah Khomeini“ von einer „Gesprächsrunde“ erfahren haben, bei der es am 9. Oktober 1987 in Genf „um Waffenhandel gegangen“ sei. An der Runde sollen fünf oder sechs Personen teilgenommen haben, schreibt Böttcher in dem Brief, „darunter der Sohn Khomeinis und Dr. Barschel“. Nach den Erzählungen des V-Mannes habe sich Barschel „mit irgendeiner Sache nicht einverstanden erklärt, daraufhin sei erklärt worden, er müsse ausgeschaltet werden“. Böttcher machte schon damals schwere Bedenken gegen die Angaben des V-Mannes geltend, weil die Information „nicht schriftlich“ vorliege und er „nicht ausschließen“ könne, daß statt „ausgeschaltet“ auch ein ähnliches Wort ganz anderen Sinnes wie „ausgeschlossen“ gebraucht worden sein könnte. Außerdem habe der BND-Mann die Angaben ausdrücklich als „nicht gerichtswertbar“ bezeichnet.



Toter Barschel (im Hotel Beau Rivage, Genf)